

Der Hund war der uns wohlbekannte Karo, hinter welchem sein Herr und dessen Diener Hugo einherliefen. Das kluge Thier hatte augenscheinlich das Kind erkannt und, als Belmont nachkam, sich gerade vor seinem Hund aufgestellt, wobei er freundlich mit dem Schwänze wedelt und mit bedeutungsvollem Blick bald den Knaben, bald seinen Herrn ansah, als wollte er denselben fragen, ob er nicht auch die kleine Person wieder erkenne. Von dem Benehmen des Hundes überrascht, machte Belmont Halt und redete ihn an; Karo aber antwortete darauf nur durch neue Freudenbezeugungen und die wunderbarsten Sprünge; so daß das arme Kind darunter überludelt, ohne jedoch einen Schaden zu erleiden. Die kleine Felene war inzwischen herbeigekommen und nahm ihren Schützling sogleich in die Arme; doch eh' sie sich noch in den Loden zurückgezogen, rief Hugo laut! „Hol mich her —, wenn das nicht das Bückchen ist, das da hat ertrinken wollen!“

„Meinst Du?“ versetzte Belmont, dem jetzt auch ein Licht aufging, über Karo's geheimnißvolles Betragen. „Ja; ich erinnere mich noch recht gut dieser großen blauen Augen und der kleinen Nase; aber ich denke, das Wasser könnte ihm eben jetzt nicht schaden.“

Felene hörte verwundert diese Rede mit an, da sie sich aber erinnerte, mit welcher Sorgfalt ihre Mutter das fremde Kind vor Beobachtung zu behüten suchte, nahm sie es, ohne auf die Fragen zu achten,

jam zur Geltung bringen soll. Die süddeutschen Abgeordneten haben sich dem Antrage mit besonderer Theilnahme zugewandt und wollen denselben auch an den Reichstag bringen.

Vor acht Tagen nahm die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ Veranlassung, die von einem unserer Correspondenten gebrachte Mittheilung zu dementiren, wonach der Justizminister den Oberstaatsanwalt beauftragt hätte, eine Untersuchung gegen Wagener einzuleiten. Wir charakterisiren sogleich das Dementi an dieser Stelle als eins derjenigen, welches sich an einen Nebenumschlag klammert, ohne die Hauptsache zu alteriren, auch waren wir zugleich in der Lage, den eigentlichen Thatbestand zu constatiren. Jetzt sendet das offiziöse Telegraphenbureau (siehe heutige Morgennummer) eine Depesche in die Welt, welche unsere damaligen Mittheilungen lediglich bestätigt, und auch das offiziöse Blatt bringt die Nachricht jetzt ohne jede Bemerkung.

In letzter Nummer brachten wir in unserer Berliner Correspondenz die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzentwurfes wegen Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen an die Offiziere und Reichsbeamten, der so eben dem Bundesrathe zugegangen ist. Der Tarif für Reichsbeamte entspricht dem vom Landtage beschlossenen. Das Gesamterforderniß beträgt 6 Millionen Thaler. Das ganze Verfahren der Regierung in der Servisangelegenheit macht den Eindruck, als wenn ihr wenig daran gelegen ist, die Civilbeamten besser zu stellen, daß ihr vielmehr Alles daran liegt, den Offizieren die Zulagen zu verschaffen und dies dadurch zu fördern, daß man den Beamten nicht früher etwas gewährt, bis die Zulagen auch für die Offiziere sicher gestellt sind. Denselben Eindruck erhalten wir aus den uns zugegangenen Motiven jenes Gesetzes, welche zusehen müssen, daß ein Theil der Offiziere schon gegenwärtig ein höheres Einkommen als die Civilbeamten bezieht, die denselben im Uebrigen nach ihren dienstlichen Verhältnissen gleichgestellt sind. Es wird dies dadurch motivirt, „daß die Offiziere nicht nur durch die Unterhaltung und Abnutzung theurer Equipage, durch Anschaffung von Reitpferden und durch Unterhaltung von Reitzeug fortlaufend beträchtliche Mehrausgaben haben, sondern auch durch Verzichtleistung auf eine stabile Häuslichkeit bei dem häufigen und plötzlichen Garnisonwechsel, ferner durch die vom Dienst oft erforderliche Abwesenheit aus der Garnison, wobei ihnen der Regel nach nicht, wie den Beamten, Dächern, sondern geringe Commandozulagen gewährt werden, ungenügender als die Beamten gestellt sind.“ Es ist rich. (Soll), daß die Regierung mit solchem Eifer die Seiten des Offizierstandes ausfüllt, bis auf die Kosten des Reitzeuges und ein Äquivalent dafür zu gew. (Soll) sucht, wir wünschen nur, daß sie mit gleichem Eifer den Schattenseiten der verschiedenen Beamtenkategorien des Civildienstes nachspürt, sie würde sicher, wenn so viele schwerwiegende Mängel sind als dort.

Von der „Köln. Ztg.“ werden die von Paris aus mehrfach verbreiteten Nachrichten über Verhandlungen, welche über eine frühere Räumung Verduns stattgefunden hätten, als unbegründet bezeichnet.

In Paris herrscht gegenwärtig große Aufregung, denn morgen findet die Wahl statt, welche die Hauptstadt schon lange beschäftigt hat. Beunruhigend ist die Aufregung seit der zweifelhafte Vergewaltigung, welche Gambetta für Barodet in dem an das berühmte Belleville anstoßende Menilmontant gehalten hat und die wir gestern nach telegraphischem Auszuge brachten. Diese wird auch von den Bonapartisten und Legitimisten ausgebeutet, welche keine Aussicht haben, ihren Candidaten, den Oberst Stoffel, durchzubringen, und die im Geheimen den Sieg Barodets wünschen. Das Resultat der Wahl ist aber noch sehr zweifelhaft; früher sprach sich Alles für Barodet aus, Komusatz scheint aber immer mehr Anhänger zu gewinnen, besonders seit sich auch der in hohem Ansehen stehende Erzbischof für ihn ausgesprochen. Die Privatversammlungen, welche auf besondere Einladungsorten von Hunderten und Tausenden besucht werden, dauern fort, eine derselben in Belleville wurde aber von der Regierung verhindert, weil 5000 Karten ausgegeben waren, obwohl der Saal nur für 2000 Personen Raum bot. Man beschränkt in Paris selbst Ruhestörungen. Alle Wahlmanifeste zu Gunsten Komusatz werden von den Straßenden gerissen, junge Menschen halten pomphafte Reden, und es ist schon eine Anzahl verhaftet worden. — Die Gemahlin des Generals v. Manteuffel, die Tochter des ehemaligen Kriegsministers v. Willebrand, läßt sich schon in Paris seit acht Tagen festsetzen, gestern speiste sie mit ihrer Tochter und mit den Spitzen des diplomatischen Corps bei Thiers,

die Belmont zu stellen begann, schnell auf und trug es in das Haus.

Als Belmont, welchem nicht darum zu thun war, sich als Retter des Kindes erkennen zu geben, sah, daß ihm Niemand Rede stand, so betrachtete er sich nur die Hausnummern näher und ging weiter, da für den Augenblick mehr der Scharfblick seines Hundes, als etwas anderes für ihn Interesse hatte.

Subitly Mallorens gerieth, wie sie bei ihrer Heimkunft erfuhr, was vorgefallen war, in große Unruhe und begab sich sogleich zu Mink, um ihn von dem Vorgange zu unterrichten, und vor der Gefahr zu warnen, die daraus erwachsen konnte. Dieser jedoch sah in der zufälligen Begegnung wenig Grund zur Besorgnis, da ja von Seiten der Verwandten des Kindes kein Argwohn gehegt wurde. Gleichwohl beschloß er, um jede mögliche Gefahr zu beseitigen, unverweilt an die Ausführung eines Planes zu gehen, über den er schon mit sich einig war und mit dem er nur gezögert hatte, bis er über die erforderlichen Geldmittel verfügen konnte. (Fortf. f.)

Station in Corfu.

(Schl.) Die Hotels auf Corfu sind vortrefflich, dafür haben schon die Engländer gesorgt. Jetzt scheinen diese als Touristen aber die Insel weniger zu besuchen, unsere Gesellschaft an der Abendtafel war fast ausschließlich deutsch. Das Fleisch liefern der Kühe die epirotischen Weidelande, welche von corfotischen Unternehmern gepachtet werden, ganz ausgezeichnete Seefische fängt man in allen Buchten, guten Wein, Orangen, Feigen, japanische Nispeln erzeugen die Insel selbst in großer Menge und ausgezeichnete Qualität; die Zeit der süßen Cacusfeigen war schon vorüber. An Wild herrscht ebenfalls kein Mangel, wenn auch die Insel selbst arm daran ist. Drüben in den festländischen Bergen giebt es unermeßliche Jagdgründe, und diese werden

und erst heute kehrt sie zu ihrem Gemahl nach Nancy zurück.

In Spanien bereiten sich sehr ernste Dinge vor. Das Ministerium hat die Permanenzcommission der Nationalversammlung aufgelöst, weil diese ein „Element der Unruhe“ geworden sei, ein Schritt, welcher formell kein legaler war und sich nur durch die größte Nothwendigkeit entschuldigen ließe. König Amadeo wies einen ähnlichen Schritt von sich. Der unmittelbare Anlaß zu dem Conflict scheint, nach französischen Quellen, darin zu liegen zu sein, daß die Permanenzcommission die Substituierung des Herrn Biny Margall für Herrn Figueras nicht anerkennen wollte. Was den Marschall Serrano anbelangt, so widerspricht dem Telegramm, welches seinen Abgang aus Madrid meldete, eine Madrider Nachricht von demselben Tage. Dieselbe berichtet über das unter strömenden Regen stattgehabte Leichenbegängniß der Gemahlin des Präsidenten Figueras und constatirt, daß Serrano, Topete, Rivero und andere distinguirte Persönlichkeiten diesem Begräbniß beizuwohnten. Mitin muß der Marschall am Dienstag noch in Madrid gewesen sein, wo sich allem Anschein nach ein bewaffneter Zusammenstoß der Parteien vorbereitet. Unter diesen Umständen verlieren die Vorgänge in den Grenzgebirgen an Interesse. Ein für die Carlisten ungünstiges Gefeht verschwindet ungeachtet seiner größeren Dimensionen vollständig neben der Bedeutung der Vorgänge in der Hauptstadt. Der aus carlistischen Quellen gemeldete Angriff der Streiter Carls VII. auf die Stadt Figueras in der Provinz Girona bedarf wohl noch der Bestätigung, da die Stadt 8 bis 9000 Einwohner zählt und überdem durch das auf einem Felsen 600 Meter von der Stadt erbaute Kastell San Fernando vertheidigt wird. Englische Nachrichten begründen die Angriffe der Carlisten gegen die kleineren festen Plätze mit Hinweis auf die von Seiten des Londoner Carlismocomités gemachte Zusage einer größeren Anleihe, sobald sich Don Carlos im Besitze eines festen Platzes befindet. In San Sebastian ist inzwischen von Seiten der Föderirten die Commune proclamirt und eine Municipal-Commission eingesetzt worden.

Deutschland

△ Berlin, 25. April. Es ist wiederholt an dieser Stelle der Eingabe des hiesigen Professors der Medizin Dr. Hirsch und des Münchener Prof. Dr. v. Pettenkofer an den Bundesrath Erwähnung geschehen, welche den Zweck hat, den Letzteren zu Maßregeln zu veranlassen, um dem Auftreten und der Verbreitung der vorausichtlich noch in diesem Jahre nach Europa und Deutschland gelangenden Cholera mit Erfolg entgegen zu wirken. Der Anschluß desselben für Handel und Verkehr hat die Wichtigkeit und Bedeutung der Eingabe für die Wohlfahrt des Reiches vollkommen gewürdigt und bei dem Bundesrathe beantragt, zum Zwecke einheitlicher systematischer Forschungen über die Verbreitung der Cholera und die Mittel zu deren Fernhaltung und Bekämpfung eine Specialcommission von Sachverständigen zu bilden, welche aus fünf vom Bundesrathe zu wählenden Mitgliedern besteht. Die Einberufung der Commission und die Ernennung des Vorsitzenden erfolgt durch das Reichskanzleramt. Die Function der Mitglieder der Commission ist eine Ehrenstellung; dieselben erhalten jedoch für den Fall des Aufenthalts außerhalb ihres Wohnortes eine Tagesbiß von 20 Mark und Vergütung ihrer baaren Reiseauslagen. Als Aufgabe der Commission wird bezeichnet: die Aufstellung eines einheitlichen Untersuchungsplanes für die im Falle des Auftretens der Cholera in Deutschland zu ergreifenden Erhebungen; die Sammlung und wissenschaftliche Verarbeitung der Erhebungsergebnisse und die Erstattung von Gutachten über die zur Bekämpfung der Cholera dienlichen Maßregeln; die Vornahme oder Veranlassung einzelner, etwa erforderlicher besonderer Untersuchungen an Ort und Stelle des Herrschens der Cholera. Die Kosten für den Zusammenritt und für die Arbeiten der Commission werden vom Reiche getragen; die Commission ist jedoch verbunden, bezüglich des Aufwandes für die Bearbeitung und Veröffentlichung des Materials, sowie für die Vornahme oder Veranlassung besonderer Untersuchungen rechtzeitig die Genehmigung des Reichskanzleramts zu erhalten. Die auf die Thätigkeit der Commission bezüglichen Correspondenzen und Sendungen werden durch die Post als Reichsdienststücke befördert. Für diejenigen Arbeiten, welche von Seiten der Medicinalbeamten und Aerzte der einzelnen Staaten lediglich zur Ausführung des allgemeinen Untersuchungsplanes gemacht werden, wird aus Reichsmitteln keine Vergütung gewährt. Die Bundesregierungen werden ersucht, den Untersuchungen seiner Zeit auf Ver-

noch heute während des Winters vielfach von englischen Sportsmen besucht. Mit ihren kleinen Dampfbooten kommen sie im Herbst hierher, richten sich häuslich in diesem Lande ein, welches keinen Winter kennt, und fahren jeden Morgen hinüber, um dort in den wilden Schlachten dem Waldwerk obzuliegen. Abends bringt sie dann ihr kleiner Dampfer zurück, beladen mit wilden Schweinen und anderem Wild, an dem Epirus enorm reich sein soll. So läßt sich auch heute inmitten des modernen Lebens an dieser Hauptstation für den Levanteverkehr noch ein glückliches, genußreiches Phäakenleben führen auf diesem Eilande des Allmoos, welches der Himmel bevorzugt hat vor allen seinen Nachbarn.

Unser Schiff verließ Corfu erst am Nachmittage des nächsten Tages, also fanden wir noch Zeit zu einem lohnenden Morgen Spaziergange längs der hohen Klüfte. Auf hervorragendem Plateau, nach einer Seite sonst ins Meer absteigend, überall sonst auf schroffen Felsen gebaut, liegt die Sommerresidenz des griechischen Königs, die früher der englische Statthalter bewohnt hat, ein halb Ständchen von der Stadt entfernt in einem weiten Garten. Die oft wachsenden fremden Beamten hatten die Anlage verwildern lassen; jetzt wird ihr wieder viele Sorgfalt zugewendet, da der König regelmäßig auf einige Monate hierher kommt. Ganz läßt sich diese überkräftige Vegetation glücklicherweise nicht unter das strenge Stillegetz der modernen Gartenkunst bringen. Aus dem üppigen Rasen quillt eine unverstorbene Menge schöner Sommerblumen, blühendes Rosen-gerant klettert von Baum zu Baum; aber wenn erst der heiße Sommer kommt, so vermag wieder keine Kunst und kein Fleiß diese Blütenpracht vor dem Verderben zu schützen. Deshalb bietet jetzt der weite schattige, auf hohem Strande angelegte Garten dem Besucher sein Schönstes, jetzt am Anfange des April, wo nicht allein unsere ganze Sommerflora

anlassung des Reichskanzleramts an ihnen untergeordneten Medicinalbeamten und Aerzten mit den entsprechenden Anordnungen mittheilen und so dann die erlassenen Verträge und Erhebungsresultate dem Reichskanzler-Amt zur Uebermittlung an die Commission zu übergeben.

— Wie der „Dresd. Ztg.“ aus Berlin geschrieben wird, gedenkt der Evangelische Oberkirchenrath in der Synodischen Angelegenheit erst das Gutachten einiger Universitätsfacultäten einzuholen. (Dem armen Oberkirchenrath scheint die Synodische Sache entseglische Verlegenheit zu machen.)

△ Posen, 25. April. Mit Beginn des neuen Schuljahres am 21. d. M. sind in dem höheren und niederen Schulwesen unserer Stadt und Provinz wichtige Änderungen eingetreten. Von nun an darf in den höheren Unterrichtsanstalten der katholische Religionsunterricht in Betreff der Unterrichtssprache nicht anders behandelt werden, als die übrigen Lehrgegenstände, d. h. an allen höheren Lehranstalten, mit Ausnahme der unteren Klassen der katholischen Gymnasien zu Posen und Ostrowo soll er in deutscher Sprache ertheilt werden, und ebenso ist auch nur in diesen Klassen noch der polnische Sprachunterricht obligatorisch, in allen übrigen Anstalten facultativ. In den meisten höheren Lehranstalten findet jedoch gegenwärtig gar kein katholischer Religionsunterricht statt, und nur in den beiden oberen Klassen des hiesigen katholischen Mariengymnasiums unterrichtet der einzige geistliche Religionslehrer, welcher nicht suspendirt worden ist, in deutscher Unterrichtssprache, was ihm auch nach den Anordnungen des Erzbischofs gestattet ist. Ferner sind die polnischen Eöten der Tertio und Quarto der hiesigen städtischen Realschule aufgehoben, resp. mit den deutschen Eöten vereinigt worden, so daß nunmehr deutsche und polnische Schüler gemeinsamen Unterricht erhalten, wobei die Unterrichtssprache die deutsche ist. Polnische Eöten bestehen gegenwärtig nur noch für die Quinta und Sexta; doch ist die Aufhebung derselben gleichfalls nur noch eine Frage der Zeit. — Endlich ist die Mehrzahl der bisherigen confessionellen in Simultan Schulen verwandelt worden. Die Unterrichtssprache in denselben ist die deutsche; die polnische Unterrichtssprache wird für die polnischen Schüler nur noch angewendet: beim katholischen Religionsunterricht, beim katholischen Kirchengesange und dem polnischen Sprachunterricht.

Frankfurt a. M., 25. April. Die beiden Infanteriebataillone, welche aus Homburg und Wiesbaden hierher beordert worden waren, haben heute Mittag den Rückmarsch in ihre Garnisonen angetreten. In den die Stadt umgebenden Dörfern, namentlich in Oberrod, Niederrad, Jßenburg und Bornheim werden noch immer Verhaftungen von Personen vorgenommen, welche der Theilnahme an den Excessen verdächtig erscheinen. Die Verurtheilung der bei den Unruhen ums Leben gekommenen, so weit deren Leichen nicht von den Familienangehörigen reclamirt worden sind, hat gestern stattgefunden. Die sämtlichen Brauer Frankfurts haben folgende Erklärung erlassen: „Zu den Ereignissen der letzten Tage soll der Bierpreis die Ursache abgeben. Wenn jemals eine Erhöhung des Bierpreises gerechtfertigt war, so ist es derselbe durch die Verhältnisse, unter denen wir in neuerer und insbesondere in neuester Zeit arbeiten müssen. Trotz unserer wohl begründeten Ansprüche sind wir bereit und haben uns entschlossen, zu den früheren Verkaufspreisen zurückzukehren. Wir und unsere Sache sollen nicht zum Vorwande dienen, daß in unserer Stadt Leben und Eigenthum bedroht erscheinen.“

Erier, 23. April. Im Jahre 1858 wurde zwischen Preußen und der päpstlichen Curie ein vorläufig auf 12 Jahre festgesetztes Abkommen getroffen, daß die Studierenden der Theologie bis zum 26. Lebensjahre incl. von der Ableistung der gesetzlichen Militärpflicht abfolviret und nach Empfang der Subdiaconatsweihe gänzlich davon entbunden sein sollten. Im Jahre 1870 fand keine Erneuerung des abgelaufenen Abkommens statt. Nunmehr ist den Erierer katholischen Theologen, welche nach dem 1. Januar 1870 in's militärpflichtige Alter getreten sind, eine Verfügung der Ministerien des Innern und des Kriegs eröffnet worden, wonach sie der Ersatzreserve zweiter Klasse zugetheilt sind. Auch solchen, welche die obige Weihe bereits empfangen, wurde diese Eröffnung gemacht. Doch sollen die Theologen nicht im gewöhnlichen Soldatendienst, sondern als Feld- und Lazareth-Geistliche Verwendung finden. Man scheint damit einem etwaigen Mangel an Feldgeistlichen bei einer Mobilmachung begegnen zu wollen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 25. April. Die zwischen der hiesigen Polizei und den Fiaferbesitzern ausgebrochenen

sich völlig entwickelt hat, wo auch eine Fülle von Gewächsen und Bierpflanzen, denen wir bei uns nur künstlich ein verkümmertes Dasein schaffen, in voller natürlicher Schönheit und Kraft sich aus dem warmen Boden drängt. Weiter hinaus an der hohen Klüfte liegt im lichten Schatten vielhundertjähriger breitzügender Delbäume still und in amphitheatralischer Senkung geborgen ein antiker Tempel in Trümmern. Mit seiner Front schaut er nach Osten hinaus über das Meer, die Rückseite lehnt er an den sonnen- durchleuchteten Olivenhain, Alles ist einfach still, voll heitern Ernstes rings umher, nur ein Quellschöpfplätschert den Abhang hinab. Dorthin rubet man von Corfu aus gern im kleinen Nachen, um in dieser reizenden Einsamkeit, unter den Delbäumen, auf den Stufen des Tempels, angelehnt des inselreichen Meeres sich zu erquicken, denn das Wasser gilt für das reinste, kälteste, beste auf der ganzen Insel.

Wie fast überall auf griechischer Erde jede Stätte eines antiken Heiligtums später zu einem christlichen Andachtsorte umgewandelt worden ist, so liegt auch wenige Schritte die Höhe hinauf auf einem anderen Vorsprunge hier eine rom Volke hochverehrte Himmelsfabrik-Capelle. An ihrem Feiertage, also gewöhnlich in schönster Maienzeit, belebt sich der kurze blumige Grasplan unter den alten Oliven, welche das Kirchlein rings umgeben. Dann feiert das Volk der ganzen Insel hier Tag und Nacht seine Maienandacht. Mit Windlichtern, Laternen, Fackeln steht man von allen Seiten Abends die malerisch gekleideten Corfioten, die von ihren Bergbürgern herabsteigen, durch die lichten Olivenhaine hierher ziehen. Alles lagert, nachdem die hergebrachte Andacht verrichtet ist, die Nacht über im Freien; ein kleiner Markt sorgt für des bescheidenen Lebens Ueberfluß, so still und verlassen neben seinem zertrümmerten

Differenzen haben bis jetzt noch keine gütliche Erledigung gefunden. Die Fiaferbesitzer drohen mit einem demnächst ins Werk zu setzenden Streik.

Prag, 23. April. Der deutsche Kronprinz hat sich für seinen hiesigen Aufenthalt jeden officiellen Empfang verboten. — Strousberg trifft Anstalten zur dauernden Uebersiedlung nach Bitow (bei Prag). Die dortige neue Ansiedlung erhält den Namen „Strousbergan.“

Schweiz.

Basel, 25. April. Den „Baseler Nachrichten“ zufolge protestirt die Regierung von Solothurn gegen die Amtshandlungen, welche der Bischof Lachat vom Canton Luzern aus als Bischof der ganzen Diöcese vorgenommen hat, und verlangt das Einschreiten der Regierung von Luzern und nöthigenfalls das des Bundesrates. (W. L.)

England.

London, 24. April. Die Londoner Demonstrationen werden am 5. Mai ein Demonstrationsmeeting auf Trafalgarquare zu Gunsten der spanischen Republik abhalten; sie wollen bei der Regierung Protest gegen die Duldung der Thätigkeit der Carlismencomités erheben und dem Gesandten der spanischen Republik die Sympathien der englischen Arbeiter versichern. — Die Corporation von London beschloß, dem Schah von Persien bei seiner Anwesenheit hier selbst ein großes Fest in Guildhall zu geben. — Das englische Parlament unterzieht eine neue Route zwischen Europa und Amerika via Valencia und St. Johns einer eingehenden Beratung. Die neue Route soll eine Verkürzung der Seereise um mehr als drei Tage ergeben, so daß die ganze Seereise nur noch 100 Stunden betragen wird.

Frankreich.

Paris, 23. April. Der Marschall Mac Mahon hat angeordnet, daß drei Unteroffiziere von jedem Bataillon den Telegraphenbüreaux beigegeben werden sollen, um das Telegraphiren zu erlernen und für die Militärelitographie ein geeignetes Personal zu bilden. Im Artillerie-Departement herrscht große Thätigkeit; zu Bourges werden neue Versuche mit der Woolwichkanone angestellt. Der Kriegsminister will die neue Uniform der Husaren wieder ändern; man findet die weißen Treffen an derselben ungemüß, weil sie so schwer rein zu halten sind. Die Militarisation des Personals der Eisenbahnen soll jetzt practisch in's Werk gesetzt werden. Man hat gefunden, daß dieses Personal sich auf mehr als 110,000 Mann beläuft; man will nun daraus Bataillone bilden und die höheren Beamten sollen Offiziere derselben werden. Die Ingenieure, Zugführer, Stationschefs, Locomotivführer u. s. sollen die Cadres bilden. Man legt dieser Organisation in den höheren Militärkreisen eine große Wichtigkeit bei.

— Es ist ein tiefes Bewußtsein zwischen dem Herzog von Montpensier und den übrigen orleanistischen Prinzen eingetreten, weil ihm Letztere die geforderte Subvention für Agitationszwecke in Spanien verweigerten.

Italien.

Rom, 25. April. Die Nachricht, daß der Finanzminister Sella die Absicht habe, die Renten von 4000 in Paris in Papiergeld oder gegen Agioabzug einlösen zu lassen, wird von der „Opinione“ wiederholt als unbegründet bezeichnet. Sella sei vielmehr nur mit Ermüdung der Mittel beschäftigt, durch welche verhindert werden könnte, daß die Coupons einzig und allein zu dem Zwecke der Goldentlösung von Italien nach Frankreich gefendet werden, habe aber keineswegs eine Umänderung der bisherigen Zahlungsweise im Auslande beschlossen. — Aus Anlaß des am 13. Mai bevorstehenden Geburtsfestes des Papstes werden mehrere Deputationen erwartet.

Rußland.

Petersburg, 25. April. Der Kaiser von Rußland wird dem deutschen Kaiser bei Gatschina entgegenreisen. Für die Festlichkeiten ist folgendes Programm aufgestellt: Am 27. April Familienfest im Winterpalais, 28. April Familienfest beim Großfürsten-Thronfolger, 29. April Galaempfang, Militäraparade, Familienbinder im Winterpalais, Abends Zapfenstreich, 30. April Mittagstafel im Winterpalais, Ball in der Eremitage, 1. Mai Mittagstafel in Petershof, Ball im abligen Club, 2. Mai große Truppenrevue, Abends Galaempfang für das Militär, 3. Mai Luftfahrt nach Zarstoeje-Selo, woselbst Mittagstafel, 4. Mai Parade des Kaluga'schen Regiments, Gala Mittagstafel, 5. Mai Familienfest beim Großfürsten-Thronfolger, 6. Mai militärische Übungen von denjenigen

antiken Vorgänger, wie dieser nun schon seit länger als tausend Jahren.

Und weiter geht es am hohen Strande durch Drangengärten hin, aus denen Kinder und bide Blütenbüschel entgegenragen, um dasir einige Pfennige zu erbitten. Der Weg läuft in eine vorspringende Baffion aus und hört hier auf. Wir stehen über einer jener vielen Seitenbuchten, welche tief in die Insel einschneiden und so zu ihrer lebhaft bewegten Formation beitragen. An diesem Golf, so meint man, soll die Hauptstadt des alten Scheria, die Festung des Herrschers der Phäaken, gelegen haben. Hier gerade findet man noch immer Marmorblöde, Säulentrümmern, Werkstücke, welche auf eine große und prächtige antike Ansiedlung, wie sie etwa der Sänger der Odyssee gekannt haben mag, hindeuten. Hoffentlich beweisen später in dessen die Herren Archäologen, die ja so Vieles und meist jedes Kultur etwas anderes beweisen, daß diese antike Kulturstätte spätern Ursprungs gewesen sei. Der Grund, warum ich dies hoffe, ist ein rein poetischer. Wenn ich auf den Felsen des heutigen Corfu hinausblide und sehe in jenen kleinen spizen Felsblöde, der aus der dunkelblauen Fluth hervortragt, das verfeinerte Schiffchen der gastlichen Phäaken daherschwimmen, welches man aus jener andern fernen Bucht voller Marmortrümmern nicht sehen kann, so will mir der Gedanke gar nicht zu Sinn, daß die Burg des Allmoos anderswo gelegen haben solle, als an der Stelle, die der Dichter mit diesem kleinen Bilde gekennzeichnet hat für Jahrtausende.

Jetzt aber weht von dieser selben Bucht, nicht weit von dem Felsenstücke, auf dem die phäakischen Ruderer zu Stein verwandelt figen, die blaueise Griechenflagge zu uns herüber von dem Dampfer, der in einer Stunde nach dem Golf von Korinth überfahren soll. Ich nahm kurzen herlichen Abschied von dem gastlichen Phäakenlande und ließ mich an Bord rudern.

Danzig, den 26. April 1873.

Herrenhaus.

26. Sitzung am 25. April.

Der Präsident theilt den Tod des früheren mehrjährigen Präsidenten des Herrenhauses und Ministerpräsidenten Adolph Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen und des Rittergutsbesizers v. Walbaw und Reizenstein mit; das Haus ehrt das Andenken seiner verstorbenen Mitglieder durch Erheben von den Sitzen.

Specialdiskussion des Gesetzentwurfs über Vorbildung und Anstellung der Geistlichen. § 1: „Ein geistliches Amt darf in einer der christlichen Kirchen nur einem Deutschen übertragen werden, welcher seine wissenschaftliche Vorbildung nach den Vorschriften dieses Gesetzes dargelegt hat und gegen dessen Anstellung kein Einspruch von der Staatsregierung erhoben worden ist.“ Hierzu liegt ein Amendement des Grafen Krassow vor: a) statt „einem Deutschen“ zu setzen, „einem Angehörigen des deutschen Reichs“, b) folgenden Zusatz hinzuzufügen: „Ausländer, welche zu einem geistlichen Amt berufen werden, haben innerhalb vier Wochen die Reichsangehörigkeit zu beantragen. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten kann mit Rücksicht auf besondere Verhältnisse des einzelnen Falles diesen Zeitraum verlängern.“ — Graf Krassow und v. Senff-Pilsch halten eine Nachlese der gestrigen Generaldebatte, indem sie sich nochmals bemühen nachzuweisen, daß die kirchlichen Vorlagen die evangelische Kirche ebenso wenig als die katholische. — Lambek (Thorn) befragt den ersten Theil des Krassow'schen Amendements, da der Ausdruck: „ein Deutscher“ viel zu vage sei, um nicht in den Provinzen Preußen und Posen zu den bedenklichsten Weiterungen Anlaß geben zu können. — Der Cultusminister erwidert, daß es hier nicht auf die Sprache des gewöhnlichen Lebens ankomme, sondern auf die Sprache des Gesetzes; in der preussischen aber, sowohl wie in der deutschen Gesetzgebung sei „Deutscher“ ein technischer Ausdruck und identisch mit „Angehöriger des deutschen Reichs“. Der zweite Theil des Krassow'schen Antrag sei selbstverständlich für die Regierung unannehmbar, schon deshalb, weil die Reichsangehörigkeit gar nicht beantragt, sondern nur nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften genommen werden könne. — v. Kleist-Resow: Der Ausdruck „Deutscher“ begreife auch Bewohner Thyrols und der russischen Ostseeprovinzen in sich; man dürfe nicht den unbegründeten Schein erwecken, als ob das Reich aus dem Erwerb dieser Randtheile speculative. Er begreife nicht, wie die liberale Partei sich für die Befugnis der Regierung gegen die Anstellung von Geistlichen Einspruch erheben zu dürfen, begeistern könne. Sie habe sich ja stets gegen Präventivmaßregeln gestäubt, aber der Kirche gegenüber verfolge sie ihre Prinzipien und helfe einem Zustand herbeiführen, der eine Unzahl Schikanen, Denunciationen und heimliche Conspirationen im Gefolge haben werde. Die Geistlichkeit könne nicht zwei Herren dienen. Es sei recht eigentlich die heilige Pflicht des evangelischen Adels, dagegen zu kämpfen. Schließlich müsse er noch eine neu aufgekommene Tactik des Ministeriums rügen, die Tactik nämlich, die Person des Kaisers in die Debatte zu ziehen. Im andern Hause habe der Cultusminister im Voraus die Zustimmung der Krone zu diesen Gesetzen verheißt und der Ministerpräsident habe bei einer früheren Gelegenheit es als eine unritterliche Tactik bezeichnet, das Gerücht auszustreuen, als ob der Kaiser mit diesen Gesetzen nicht einverstanden. Solche Gerüchte existirten allerdings im Lande, wie ihm denn neulich ein Bauerlein in seiner heimatlichen Provinz gesagt habe: es ist ja unmöglich, daß der König den unehrenhaften Bräuten den Kranz gewährt! Der Ministerpräsident habe keinesfalls das Recht, die noch gar nicht erfolgte Zustimmung des Kaisers als Argument in der parlamentarischen Debatte zu verwenden. — Graf Noon: Wenn das Ministerium eine Vorlage im Landtage einbringt, so ist es selbstverständlich, daß der Kaiser mit ihrer Tendenz einverstanden ist. Wenn dieselbe durch Beschlüsse des Landtags Änderungen erfahren hat, so hat allein der Kaiser zu befinden, ob er mit diesen Änderungen einverstanden ist, wenngleich er bei solchen Gelegenheiten den Rath seines Ministeriums einzuziehen pflegt. Regierungsvorlagen sind nicht ballons d'essai. Die Aeußerung meines Collegen im andern Hause war sehr begreiflich, da er zu ihr durch den Regierungsvorlagen einverstanden sei, provocirt war. Die Gerüchte, deren Ausbreitung ich als eine unritterliche Tactik bezeichnete, existirten nicht bloß außerhalb, sondern auch innerhalb dieses Hauses, wenngleich ihre Urheber sich hüteten, offen damit hervorzutreten. — Der Cultusminister bestätigt, daß er zu seiner Aeußerung im Abgeordnetenhaus provocirt worden sei; im Uebrigen übernimmt er natürlich die volle Verantwortung für die kirchlichen Gesetze. Das Krassow'sche Amendement wird in namentlicher Abstimmung mit 88 gegen 70 Stimmen abgelehnt und § 1 wird unverändert angenommen, ebenso nach unwesentlicher Debatte die §§ 2 und 3.

§ 4: „Zur Bekleidung eines geistlichen Amtes ist die Ablegung der Entlassungsprüfung auf einem deutschen Gymnasium, die Zurücklegung eines dreijährigen theologischen Studiums auf einer deutschen Staatsuniversität, sowie die Ablegung einer wissenschaftlichen Staatsprüfung erforderlich.“ Hierzu beantragt Graf Krassow: 1) die gesperrt gedruckten Worte zu streichen, 2) einen neuen § 4a einzufügen, der in der Hauptsache darauf hinausläuft, die Anstellung von Professoren der Theologie an den Landesuniversitäten resp. ihre Entlassung von der Entlassungsprüfung der geistlichen Behörde (Consistorium resp. Bischof) abhängig zu machen. — Graf Krassow hält es für nothwendig, daß die Geistlichen nicht nur wissenschaftlich gebildet, sondern auch dazu befähigt werden, dem wachsenden Unglauben entgegenzutreten. — Graf Brühl giebt zu, daß Bildung für jeden Stand wünschenswerth ist, behauptet aber, daß kein Stand einen höheren Grad von Bildung hat, wie der der katholischen Geistlichen; er muß daher die mütterliche Fürsorge des Staats auf diesem

Felde zurückweisen. — Graf zur Lippe vermißt in Paragraphen die Forderung irgend eines theologischen Examens. Wie er, Redner, diese Gesetze ansehe, könne er sie nur als eine Sammlung von Marterinstrumenten betrachten (Heiterkeit) und dieser Paragraph enthalte eins der schlimmsten darunter in der geforderten wissenschaftlichen Staatsprüfung, die nicht einmal der eigene Gedanke des Cultusministers zu sein scheine. Man möge sich doch nur in die Lage eines Candidaten denken, der in dem Examen der Staatsbehörde durchfällt, weil er, wenn der Examinator auf Philosophie zu sprechen kommt, erklärt, er glaube an die Infallibilität, und der wieder vor der theologischen Behörde nicht bestehen kann, wenn er dieselbe nicht anerkennt. — Cultus-Minister Dr. Falk: Es ist ein großer Vorzug des Gesetzes, daß von dem theologischen Examen darin nicht gesprochen wird; der Staat fordert hier nur, was ihm zukommt und hält sich von rein kirchlichen dogmatischen Dingen fern. Das was Graf zur Lippe vermißt, ist mit voller Absicht weggelassen worden. Es liegen jedoch in den Forderungen dieses Paragraphen die Mittel, um Unbotmäßigkeiten von Geistlichen zu verhüten, wie sie in Baden vorgekommen sind, wo man zwar sehr schöne Gesetze gemacht, aber kein Mittel zur Verfügung hat, dieselben aufrecht zu erhalten. So wie der Vorredner die Examina aufstellt, werden dieselben allerdings zu Marterwerkzeugen und Zwangsmitteln. Aber schon sein Beispiel von der Infallibilität trifft nicht zu, da die Examinations-Commission des Staates ihre Fragen nie über rein dogmatische Dinge ausdehnen wird. Und hat er mir endlich bei der Aufstellung dieser Entwürfe originale Gedanken abgeprochen, — nun, meine Herren, ich mache gar keinen Anspruch auf Originalität, ich wollte nur ein wackeres, tüchtiges Gesetz, welches den Elementen entgegenwirkt, die unsern Staat zu zerstören trachten. Und gerade das Uebermaß der Angriffe gegen das Gesetz beweist mir, daß es in der That die wunden Stellen bloß gelegt und angegriffen hat. — Hierauf wird unter Ablehnung des Krassow'schen Amendements in seinem ersten Theile § 4 angenommen. — Cultusminister Dr. Falk: Die Regierung hat den allerdingsten Wunsch, das zweite Amendement abgelehnt zu sehen. Zunächst bin ich der Meinung, daß der Antrag nicht hierher, sondern eher in eine Verhandlung über ein Unterrichtsgesetz oder Universitätsstatuten gehört. Was die Sache selbst angeht, so ist der Staat, wenn er die künftigen Theologen nicht als Universitätsstudien zu machen, allerdings verpflichtet, denselben auch Mittel zu gewähren, wie sie diese Studien betreiben können, ohne in Conflict zu gerathen mit den Anforderungen ihrer Kirche. Aber der Antrag geht über jedes Maß hinaus. Und noch eins ist in dieser Frage charakteristisch für die Gegner des Gesetzes; dieses Amendement geht von Männern aus, die für die Autorität des summus episcopus des Königs immer so begeistert sind und ihm hier doch Rechte nehmen und den Consistorien überweisen wollen, welchen sie nicht zukommen. — Der 2. Antrag Krassow wird darauf abgelehnt. — Nachdem noch §§ 5, 6 und 7 in der Fassung der Vorlage angenommen sind, vertagt das Haus die Debatte auf Sonnabend.

Reichstag.

20. Sitzung am 25. April.

Abg. Pasler: Ich lasse mich sonst sehr ungern auf persönliche Erörterungen ein; wenn aber eine so achtbare Corporation, wie die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft, eine Verwahrung gegen meine Aeußerungen beim Reichstage einlegen zu müssen glaubt, so würde es mir nicht wohl anstehen mit Stillschweigen darüber hinwegzugehen. Ich habe in meiner Rede vom 4. April keineswegs weder dem Ausdruck, noch dem Inhalt nach speciell von der Berliner Börse gesprochen, und es ist ein Mißverständniß, wenn man meine Worte als gerade auf die Institution von Berlin gerichtet ansieht. Ich habe sie von allen Orten gebraucht, wo gleichartige Verhältnisse gleichartige Wirkungen hervorgebracht haben. Ich habe von der Börse gesprochen und damit keineswegs die Kaufmannschaft im Allgemeinen gemeint. Ich hätte es in meiner Rede mehr betonen sollen, daß der hohe gewerbliche Trieb des Kaufmannsstandes nicht entfernt mit dem Börsenspiel zusammenfällt, mit welchem ich allein es zu thun gehabt habe. Ich habe von der Börse als von dem bestimmten Orte gesprochen, wo von Verufen und Unberufenen mit Hilfe der Agiotage ein leichter und großer Geldgewinn gesucht wird. Es hiesse alle Erkenntnis verschweigen, wenn nicht in der Mitte der Volksvertretung ausgedrückt werden könnte, daß diese Art des illegitimen Geschäftsbetriebes in einem gewissen, selbst in einem hohen Maße vorhanden ist und daß die Gesetzgebung sich der Angelegenheit bemächtigen müsse. Es ist mir bekannt, daß viele Männer durch ihre geschäftlichen Verhältnisse gezwungen sind, sich an demselben Orte zu bewegen, wo die von mir gekennzeichneten Geschäfte betrieben werden. Es sollte mir leid thun, wenn meine vielleicht etwas zu scharfe Kritik auch nur den Schatten eines Vorwurfs auf diese Männer werfen würde. Es hat mir fern gelegen, gegen die Berliner Börse ein specielles Urtheil abzugeben, oder den Stand der Kaufmannschaft als solidarisches mit der Börse verbunden zu halten, oder gar auf irgend eine achtungswerthe Persönlichkeit des Kaufmannsstandes auch nur den Schatten eines Vorwurfs zu werfen.

Zweite Debatte des Münzgesetzes. Art. 13 enthält in 3 Paragraphen die Vorschriften bezüglich solcher Zahlungen, welche bisher in Münzen inländischer Währung oder ihnen gesetzlich gleichgestellten ausländischen Münzen zu leisten waren und von dem Eintritt der Reichsgoldwährung an in Reichsmünzen zu leisten sind. Die Umrechnung solcher Goldmünzen, für welche ein bestimmtes Verhältniß zu Silbermünzen gesetzlich nicht feststeht, erfolgt nach Maßgabe des Verhältnisses des gesetzlichen Zahlungswertes der Reichsgoldmünzen. Bei der Umrechnung anderer Münzen werden der Thaler zum Werthe von 3 Mark, der Gulden sidd. W. zum

Werthe von 1 1/2 Mark, die Mark sächsischer oder hamburgischer Courantwährung zum Werthe von 1 1/2 Mark berechnet. Abg. Lorenzen beantragt an dieser Stelle den Thaler dänischer Reichsmünzen zum Werthe von 2 Mark 27 Pf. einzuführen. — Abgeordneter Willmanns: Durch den § 1 des Gesetzes ist den Landesmünzen die Function als Zahlungsmittel zu dienen entzogen, insoweit nicht Artikel 14 Ausnahmen vorsehreibt. Dasselbe aber was von geprägten Münzen gilt, muß auch von den Surrogaten, dem Papiergeld gelten. Es ist also in dem Art. 13 implicite ausgesprochen, daß mit dem Augenblicke, wo die Geldcirculation eintritt, die Circulation des Papiergeldes, welches in Thaler- oder Guldenmünzen ausgestellt ist, aufgehoben sei. Etwas anders liegt die Frage hinsichtlich der Banknoten. Diese sind einerseits Surrogate des geprägten Metalls, andererseits Wechsel, welche die emittirenden Banken auf sich selbst gezogen haben. Diese letztere Eigenschaft giebt ihnen eine von dem Papiergeld abweichende Stellung. Vom praktischen Standpunkt halte ich es für nahezu unmöglich, daß die Banknoten in dem Augenblicke, wo wir zur Reichsgoldwährung definitiv übergehen, noch ferner auf Landeswährung umlaufen. Wenn wir in allen unsern Geschäftsnach Gold rechnen, so wird Jedermann sich weigern, eine Banknote anzunehmen, die noch auf der Silberwährung basiert ist. Es entsteht also dann die Frage: sind die Banknoten ipso jure berechtigt, die umlaufenden Apports umzuschreiben auf Mark-Reichswährung. Dies muß ich ganz entschieden verneinen. Einerseits würde darin eine sehr erhebliche Ausdehnung des den Banken ertheilten Privilegiums liegen. Gegenwärtig sind sie nur berechtigt, Surrogate für Landesmünzen auszugeben, in Zukunft würden sie berechtigt sein, Surrogate auf Reichsmünzen auszugeben. Das ist aber eine sehr erhebliche Ausdehnung ihres Privilegiums. Fassen wir die Sache praktisch ins Auge. Bekanntlich besteht in Deutschland eine Reihe von Zettelbanken, die das Recht unbeschränkter Notenausgabe haben. So lange nun in Süd- und Norddeutschland verschiedene Münzsysteme herrschten, war die Notenemission schon dadurch in gewissem Maße beschränkt. Die Noten der süddeutschen Banken haben in Norddeutschland eine sehr beschränkte Circulation, da wir nach Thalern, die Süddeutschen nach Gulden rechnen. Werden aber alle Noten auf Reichsbankwährung ausgestellt, dann haben alle Banken für ihre Noten eine einheitliche Bezeichnung, diese begünstigt die Circulation durch das ganze Reich, und selbstredend ist ein Privilegium zu unbeschränkter Notenemission sehr viel mehr werth, wenn es auf Markwährung, als wenn es nur auf Gulden oder Thaler lautet. Doch dies Bedenken ist nur gering im Vergleich zu einem zweiten. Die Statuten unserer größten Zettelbanken, namentlich die Statuten der preussischen Hauptbank und der Frankfurter Bank, deren Noten ca. 1/10 des gesammten Notenumlaufs ausmachen, haben ausdrücklich die Bestimmung, daß als Deckung für die umlaufenden Banknoten zu einem Drittel des Notenumlaufes Silberbarren oder baares Geld vorhanden sein muß. Die Deckung durch Silberbarren wird aber von dem Augenblicke, wo wir zur Reichsgoldwährung übergehen, eine nicht mehr bankmäßige; von diesem Augenblicke sind die Silberbarren nichts weiter, als eine ganz gewöhnliche Kaufmannswaare. Wir verwandeln also von dem Augenblicke, in welchem wir die Banken berechtigen, ihre Banknoten auf Reichsbankwährung umzuschreiben, die Banknoten in die einstufigen französischen Assignaten, welche nicht mehr baares Metall, sondern eine gewöhnliche Kaufmannswaare als Deckung haben, und das, glaube ich, wird im Sinne keines Mitgliedes des Hauses liegen. Ich fasse also das Ergebnis des Art. 13 dahin zusammen, daß von dem Augenblicke, in welchem die Reichsgoldwährung in Kraft tritt, kein gegenwärtig ausgegebenes Papiergeld ferner circuliren darf. — Abg. Lorenzen: In Schleswig-Holstein ist noch gegenwärtig geltendes Recht, daß private, auf Thaler dänischer Reichsmünzen lautende Zahlungsverpflichtungen wirklich in dänischen Thalern oder in Species (Doppeltalern) erfüllt werden müssen. Dies ist von großer, praktischer Bedeutung, weil alle älteren aus der Zeit vor der Annexion herrührenden Hypothekschulden fast ohne Ausnahme auf Species (Doppeltalern) lauten. Durch die gegenwärtige Münzreform aber sollen auch die privatrechtlichen Zahlungsverpflichtungen dem neuen Münzsystem angepasst werden. Den hieraus sich ergebenden Schwierigkeiten und eventuellen Schäden der Vertheilung soll der Antrag abhelfen. — Präsident Delbrück hält den Antrag weder für zulässig noch für nothwendig. Es ist vollkommen genügend, wenn, wie es im Gesetz geschieht, lediglich für die gesetzlich bestehende Landeswährung die Reduction angegeben wird, da für alle übrigen Währungen der allgemeine Rechtsgrundsatz eintritt, daß, wo die Verpflichtung in der vorgeschriebenen Münze nicht mehr oder nur mit großer Schwierigkeit erfüllt werden kann, weil diese Münze gar nicht, oder nur in geringem Maße zu haben ist, alsdann diese Verpflichtung erfüllt werden kann in einer Münze von äquivalentem Feingehalt. Der Antrag würde außerdem das Gesetz und die Zeit seiner Berathung außerordentlich ausdehnen, da alsdann folgerichtig auch alle andern Münzen in das Gesetz aufgenommen werden müßten, auf welche noch heute in den verschiedensten Landestheilen rechtliche Verpflichtungen lauten, so die Weichmünzen, die Species- und Kronenthaler u. a. — Nachdem noch Abg. Dr. Schleid den Antrag Lorenzen mit Rücksicht auf die große Summe, um die es sich darin handelt und die sich auf ca. 100 Millionen Thaler belaufe, zur Annahme empfohlen, wird der Antrag Lorenzen abgelehnt und die §§ 1 bis 3 des Art. 13 in der Fassung des Entwurfs angenommen. — Diesen Paragraphen beantragt Abg. Dr. Bähr, folgenden neuen § 4 hinzuzufügen: „In allen gerichtlichen oder notariell aufgenommenen Urkunden, welche auf einen Gelbbetrag lauten, desgleichen in allen zu einem Gelbbetrag verurtheilenden gerichtlichen Entscheidungen ist dieser Gelbbetrag, wenn für denselben ein bestimmtes Verhältniß zur Reichswährung gesetzlich feststeht, in Reichswährung auszudrücken; woaeben jedoch dessen gleichzeitige

Bezeichnung nach derjenigen Währung, in welcher ursprünglich die Verbindlichkeit begründet war, gestattet bleibt.“ — Präsident Delbrück kann auch für diesen Antrag ein Bedenken nicht erkennen, er ist überflüssig, weil nach Art. 1 des Gesetzes die Reichsgoldwährung überall an die Stelle der geltenden Landeswährung tritt, also muß sie auch in allen gerichtlichen Urkunden und Aktenstücken an Stelle der bisherigen Landeswährung treten. — Abg. Dr. Bähr kann sich mit dieser Ansicht nicht einverstanden erklären. Wird der Antrag nicht angenommen, so würden die Richter nicht befugt sein, wenn z. B. eine Klage auf so und so viel Thaler oder Gulden einliefe, in das Aktenstück an Stelle dieser Währung die Goldwährung zu setzen. Der Antrag soll ausdrücklich verbieten, daß die Reichswährung ignorirt werde und soll die Richter bestimmen, dem Publikum die Reichswährung plaufibel und den Uebergang leichter und bequemer zu machen. — Der Antrag Bähr und mit demselben der ganze Art. 13 wird hierauf angenommen.

In Art. 14, welcher die an Stelle der Reichsmünzen bis zur Außercoursestellung bei allen Zahlungen anzunehmenden Münzen und ihre Werthe aufzählt, wird auf Antrag Wolffson's dem Thaler der Zusatz: „deutschen Gepräges“ gegeben. — Ohne Discussion werden die beiden Schlussartikel 15 und 16 angenommen.

Damit wäre der Text der Vorlage für die zweite Berathung erledigt. Es liegen aber noch diverse Zusatzartikel, betreffend die Ausgabe von Banknoten und Staatspapiergeld, so fern dieselbe durch das Münzgesetz zu beschränken ist, und betreffend die Ausgabe von Reichsmünzzeichen, vor, desgleichen eine Anzahl von Resolutionen. Vor allem erledigt das Haus heute lediglich den ersten Zusatzartikel. Da verschiedene concurrirnde Fassungen eines Art. 17 zu Gunsten einer von Bähr, Damberger, Moske u. A. vorgeschlagenen zurückgezogen werden, so beschränken wir uns darauf den Wortlaut der letzteren zu geben: „Art. 17. Bis zu einem vom Reichsfinanzamt mit Zustimmung des Bundesrathes und zwar spätestens auf den ersten Januar 1875 festzustellenden Termine sind sämtliche nicht auf Reichswährung lautenden Noten der Banken einzuziehen; von diesem Termine an dürfen nur solche Banknoten, welche auf Reichswährung in Beträgen von nicht weniger als 100 Mark lauten, in Umlauf bleiben oder ausgegeben werden. Derselben Bestimmungen gelten für das Staatspapiergeld und für die bis jetzt von Corporationen ausgegebenen Scheine.“ — Abg. Braun (Potsdam): Das Münzgesetz wird illusorisch, wenn in demselben keine Bestimmung über die Banknoten enthalten ist. Wie unhaltbar die Sache ist, kann Jeder sehen, der ein Bankhaus besucht, welches sich mit der Umwechslung von Kassenscheinen befaßt. Die dort ankommenben wilden Kassenscheine haben ein Aussehen, als wenn sie kaum noch 24 Stunden zu leben hätten. Ich will eine Entscheidung des Reichstages herbeiführen darüber, ob die einzelnen Staaten noch Kassenscheine ausgeben dürfen; ich will den Einzelstaaten dieses Recht nicht lassen. Ich verkenne keinen Augenblick die finanziellen Schwierigkeiten, die die Einziehung von 60 Millionen Kassenscheinen und 300 Mill. Banknoten verursachen würde. Aber wir haben die Pflicht dafür zu sorgen, daß dieses Zeichen unserer früheren Beriffenheit verschwindet. Ich will aber durchaus nicht, daß das Papiergeld ganz aufhört; ich halte es für ein sehr zweckmäßiges Circulationsmittel. — Abg. Günther (Saasen): Die Zustände sind äußerlich mangelhaft und bedürfen der Abhilfe; aber es ist nicht zu verkennen, daß die Banken wohlthätig gewirkt haben und deshalb mit Recht fordern können, daß diese Angelegenheit durch ein besonderes Gesetz regulirt wird. Die Frage bedarf einer eingehenden Erörterung; wenn man die Zusatzanträge annimmt, so sagt man einfach, das Staatspapiergeld hört auf und das erscheint mir doch zu gewaltsam. Von einem solchen gewaltsamen Eingriff ist nur eine Entscheidung der Vertheilungsverhältnisse zu befürchten. Diese Verhältnisse sind allmählig entstanden und können nur allmählig beseitigt werden. Wenn wir später neben dem kleinen goldenen 5-Markstück nur noch 5-Mark und 1-Mark als Silbermünzen haben, dann werden wir den Verlust des kleinen Papiergeldes sehr schwer empfinden. — Abg. Moske: Es handelt sich nicht darum, die Zustände plötzlich abzuschaffen, sondern nur die jetzige Circulation nicht zu vermehren; denn es liegt eine große Gefahr in einer bedeutenden Vermehrung der Circulationsmittel für alle wirthschaftlichen Zustände. Es ist eine Uebertreibung, wenn behauptet wird, man wolle die ganze Bankgesetzgebung umwerfen. Wenn die Bankgesetzgebung in Deutschland überall so geregelt wäre wie in Preußen, so würden keine Schwierigkeiten entstehen. Es sind ungefähr 311 Millionen Banknoten im Umlauf und darunter fallen ungefähr 10 Millionen unter die Vorschrift der Zusatzanträge. Es liegt also die Möglichkeit der Einziehung bis zu einem bestimmten Termine vor. — Präsident Delbrück tritt der Auslegung der Regierungsvorlage entgegen, welche sie durch den Abg. Willmanns erfahren hat. Es ist nicht die Absicht gewesen, daß mit dem Eintritt der Reichsgoldwährung das Circuliren des Staatspapiergeldes aufhören solle. Meine Auffassung und auch die der verbündeten Regierungen ist die, daß durch die Bestimmungen dieses Gesetzes die hier jetzt zur Sprache gekommenen Punkte nicht berührt werden. Der Zusammenhang, der zwischen der Regelung der Münzfrage und der Frage des Papiergeldes und der Banknoten besteht, ist nicht zu verkennen; aber so eng ist der Zusammenhang nicht, daß die Materien gar nicht ungetrennt behandelt werden könnten. Wenn die vollständige Regelung der Papiergeld- und Banknotenfrage eine nicht ganz leichte Aufgabe ist, dann wird es sich nicht empfehlen, sie an dieses Gesetz zu knüpfen, weil man dann Gefahr laufen würde, dieses Gesetz nicht zu Stande zu bringen. Redner bemerkt, daß wenn der Antrag an eine Commission verwiesen werden sollte, doch dort die Reg.-Commission außer Stande sein würde, hinlängliche Erklärungen abzugeben. Wenn das Haus die Anträge annimmt, vorbehaltlich, daß es bei der dritten Lesung darauf zurückkommen kann, dann hat es eine bestimmte Position genommen

gramm 48–63 \mathcal{R} nach Qualität gefordert. — Safer loco \mathcal{R} 1000 Kilogramm 42–51 \mathcal{R} nach Qualität gefordert. — Erbsen loco \mathcal{R} 1000 Kilogramm Rodwaare 49 bis 55 \mathcal{R} nach Qualität, Futterwaare 44–47 \mathcal{R} nach Qualität. — Weizenmehl \mathcal{R} 100 Kilogramm Brutto unverk. incl. Sad \mathcal{R} 0 11½–11 \mathcal{R} , \mathcal{R} 0 u. 1 10½ bis 10½ \mathcal{R} . — Roggenmehl \mathcal{R} 100 Kilogramm Brutto unverk. incl. Sad \mathcal{R} 0 8½–8 \mathcal{R} , \mathcal{R} 0 u. 1 7½–7½ \mathcal{R} . \mathcal{R} April–Mai \mathcal{R} 7 23 \mathcal{R} bz., \mathcal{R} Mai–Juni \mathcal{R} 24 \mathcal{R} bz., \mathcal{R} Juni–Juli \mathcal{R} 26½ \mathcal{R} bz., \mathcal{R} Juli–August \mathcal{R} 27½–27 \mathcal{R} bz., \mathcal{R} September–October do. — Rüböl \mathcal{R} 100 Kilogramm loco ohne Faß 21½ \mathcal{R} , \mathcal{R} April–Mai 21½/24 ½ \mathcal{R} bz., \mathcal{R} Mai–Juni 21½/24 ½ \mathcal{R} bz., \mathcal{R} Juni–Juli 22½ \mathcal{R} bz., \mathcal{R} September–October 22½–½ \mathcal{R} bz., \mathcal{R} October–November 22½–½ \mathcal{R} bz. — Leinöl loco 100 Kilogramm ohne Faß 25½ \mathcal{R} . — Petroleum raff. loco \mathcal{R} 100 Kilogramm mit Faß 12½ \mathcal{R} , \mathcal{R} April–Mai 11½ \mathcal{R} bz., \mathcal{R} September–October 12½ \mathcal{R} G. — Spiritus 100 Liter à 100% loco ohne Faß 17 \mathcal{R} bz., mit Faß \mathcal{R} April–Mai 17 \mathcal{R} 25–26 \mathcal{R} bz., \mathcal{R} Mai–Juni 17 \mathcal{R} 28–27 \mathcal{R} bz., \mathcal{R} Juni–Juli 18 \mathcal{R} 9–8–9 \mathcal{R} bz., \mathcal{R} Juli–August 18 \mathcal{R} 18 \mathcal{R} bz., \mathcal{R} August–September 18 \mathcal{R} 24 \mathcal{R} bz.

Schiffslisten.

Thorn, 25. April. — Wasserhand: 3 Fuß 5 Zoll.
Wind: NW. — Wetter: Sonnenschein.
Stromab: *St. H.*
Schulz, Wolff, Thorn, Danzig, 1 Kahn, 1836 43 Weiz.
Engelhard, Glöcksmann, do., do., 1 do., 1289 — do.
Neumann, Falkenberg, Rybak, Bromberg, 6 Tr., 1600
St. w. H.
Urtel, Jaffe, Rod, do., 6 Tr., 1692 St. w. H., 856
Eisenbahnst. w.
Runke, Berlich, Golaszice, do., 7 Tr., 2571 St. w. H.
Altmann, Berger, Sefelowska, Berlin, 4 Tr., 1279
St. w. H.
Nes, Adolph, Thorn, Graudenz, 1 Kahn, 660 *St.*
Steintohlen.

+ Zinsen vom Staate garantirt

150 fernfette Hammel
stehen in Gr. Ramsen bei
Stuhm zum Verkauf.
Das Dominium.

Eine junge Dame (Polin), welche in der
russischen und polnischen Sprache Unter-
richtet ertheilt, wünscht noch einige Stunden
zu befehen. Adr. unter 8450 werden in der
Exped. d. Bz. erbeten.

Ein tüchtiger Müller
findet dauernde Beschäftigung auf
der Chemischen Fabrik bei Segan.

Ein mit guten Zeugnissen verseh. tüchtiger
Gehilfe (Materialist), der auch polnisch
spricht, sucht Stellung. Gef. Adressen werden
unter No. 8394 in der Exped. dieser Zeitung
erbeten.

Ein junger Mann,
mit dem Waaren-Engros-Geschäft und der
Destillation vollständig vertraut, dem gute
Empfehlungen zur Seite stehen und der beider
Landessprachen mächtig ist, sucht per 1. Juli
b. J. ein Engagement als Lagerdiener.
Gef. Adressen sub L. M. 10 poste
restante Straubenz.

Redaction, Druck und Verlag von
H. W. Rasemann in Danzig.